Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Wöchentlich 58 M., monatlich 250 M., vorauszahlbar, frei ins Haus. Für Abholer 235 M. Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 10 M.

Anzeigen die zweigespaltene Petitzeile 38 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“. Arbeitsmarkt 13 M., private Familienanzeigen 12 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 16 M., von 10 bis 15 Zeilen 22 M. Reklamezeile 175 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annonc.-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 471. Sonnabend, den 14. Oktober 1922. 36. Jahrgang.

Wie die Entente Oesterreich „retten“ will.

Von unserm Wiener Mitarbeiter.

Wir haben bereits in dem Artikel „Deutschösterreichs Schicksal“ (Nr. 469 des „Hamb. Echo“) die politische Bedeutung des Genfer Paktes dargetan, die Gefahr, die in der Bindung des Parlaments auf zwei Jahre — wobei es in der Praxis nicht bleiben würde, weil in diesem Zeitraum die Sanierung schlechthin undurchführbar ist — sowie in der Auslieferung der politischen Gewalt an einen Generalgouverneur der Entente gelegen ist. Heute sei die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit beleuchtet; denn sie ist der Ausgangspunkt der Politik, welche die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung eingeschlagen haben. Diese wirtschaftliche Seite zu verstehen und verständlich zu machen, ist nicht leicht. Stellt doch das neue Oesterreich, wie es aus dem Diktat von St. Germain hervorging, eine solche Absurdität dar, daß sogar seine Schöpfer daraus nicht klug werden können. Wenn sie heute noch so tun, als wenn es die selbstverständlichste Sache von der Welt wäre, ein Wirtschaftsgebiet ohne die erforderlichen Voraussetzungen in die Welt zu setzen, dann nur deshalb, weil sie doch beiläufig ahnen, daß sie mit einem Einbekenntnis ihrerseits die Unhaltbarkeit des in Mitteleuropa geschaffenen Systems von zusammenhanglosen Klein- und Mittelstaaten selbst bestätigen, und daß sie damit alle die kitschigen Verträge zerreißen würden, die sie in tollem Siegerübermut und hysterischem Hasse gegen das deutsche Volk diktiert hatten. Es steht nicht wenig für die Zynniker von Paris und Prag und Warschau auf dem Spiel, wenn es sich erweisen sollte, daß Versailles und St. Germain auf keinem festeren Boden stehen als Sèvres, das die Türken so kräftig ins Wanken gebracht haben. Darum die Bereitwilligkeit der Entente, für Oesterreich Kredite zu garantieren, eine Bereitwilligkeit, die sich auch sonst gut rentieren kann, wenn Oesterreich in eine gemeinsame Kolonie umgewandelt wird, nachdem es sich als untauglich erweist, das Land bloß der Einflußsphäre eines einzelnen Staates zu überlassen.

Allein das wirtschaftliche Problem wird damit keineswegs gelöst. Weder die rivalisierende Eifersucht der Tschechen und Italiener, noch die Gnade Frankreichs ist imstande, aus Oesterreich einen lebensfähigen Staat zu machen, und wenn sie eigensinnig an ihrem Vorhaben festhalten, so nur deshalb, weil sie dies gar nicht wollen oder deshalb, weil sie sich auch heute noch nicht über die Unlösbarkeit der Aufgabe klar sind. Besteht ja sogar innerhalb der Parteien Oesterreichs die größte Unklarheit darüber, ob dieser Staat aus eigener Kraft erhalten werden könne und sind doch auch gegenwärtig die Warnungen hinsichtlich der Frage, ob Auslandshilfe oder Selbsthilfe oder Untergang, durchaus geteilt. Es gibt Politiker, die eine Selbsthilfe ohne Auslandskredit für unmöglich erklären; andere, die den letzteren, da er nur unter so entwürdigenden Bedingungen erhältlich ist, ohne weiteres ablehnen und ein Rettungsprogramm auf die eigene Kraft aufbauen möchten. Dabei haben die Meinungen von Anfang an geschwankt und innerhalb der Parteien gewechselt. Kurz, es war ein vollständiger Wirrwarr, der immer noch andauert.

Die Wahrheit liegt darin, daß Bürgertum und Landwirte gar nicht fähig sind, in heroischer Anstrengung für die Selbständigkeit des Staates sich zu opfern und daß demgemäß natürlich auch die Arbeiterschaft nicht willens ist, Opfer auf sich zu nehmen. Da aber die besitzenden Klassen begreifen, daß es ohne Opfer überhaupt nicht geht, so versucht man wenigstens, die eigenen möglichst gering zu machen und die des Proletariats zu vergrößern.

So kam es zur Auslandsreise des jetzigen Regierungschefs, der damit eine Zeitlang das Problem Oesterreich in den Mittelpunkt des europäischen Interesses rückte — freilich nur für kurze Zeit, da die allgemeine Aufmerksamkeit alsbald von einem andern Problem, dem türkisch-griechischen, absorbiert wurde. Immerhin brachte es Dr. Seipel fertig, in Genf sein Geschäft zu finalisieren, und mit einem vollen Sack diesmal anscheinend fundierter Zusagen ist er heimgekehrt. Diese Zusagen bestehen in der Uebernahme einer Garantie für die Ausgaben von Staatsobligationen im Betrage von 650 Millionen Goldkronen. Die garantierenden Mächte versprechen dafür die Zustimmung ihrer Kammern einzuholen und damit die Basis für Kreditverhandlungen mit dem privaten Finanzkapital herzustellen, so daß also — die rasche Durchführung eines von der Entente genehmigten Selbsthilfeprogramms vorausgesetzt — der staatliche Haushalt in (wie man optimistischerweise annimmt) zwei Jahren saniert sein könnte. Selbst angenommen, daß diese Rechnung kein Loch hat, geht schon aus dem ganzen Rettungsplan hervor, daß seine Realisierung selbst bei normalem Verlauf der Dinge noch Monate erfordern wird. Es sind deshalb auch Vorschüsse vorgesehen, die aber ebenso wie die früheren von der Gesamtsumme in Abzug zu bringen sind, so daß für die eigentliche Sanierungsaktion bloß 500 Millionen Goldkronen erübrigen. Damit sollen die Aufwendungen des Staates bis zum Eintritt des budgetären Gleichgewichts bestritten werden. Fragt sich nur, ob dieses Gleichgewicht rechtzeitig eintritt, ob nicht ein weiteres Sinken der Krone die ganze Rechnung über den Haufen wirft. Man hofft dies durch Einstellung der Notenpresse und der davon ausgehenden Inflation, die die Geldentwertung zum großen Teil verschuldet, vermeiden zu können. Eine neue Notenbank, die jedoch dem Einflusse der Regierung entzogen sein wird, soll eine weitere Stütze der Währung bilden.

Dies der Plan in seinen grobumrissenen Grundzügen. Er wird sich — wenn es zu seiner Ausführung kommt — nur unter schweren Entbehrungen, zumal für die Arbeiterschaft, verwirklichen lassen. Das Abschöpfen der Notenflut wird die Kapitalsknappheit wesentlich verschärfen. Wie die kapitalsbedürftige Industrie diese schmerzhafte Operation überstehen wird, steht dahin. Ebenso zweifelhaft ist, ob die Steuerlast, die dem Einzelhaushalt wie der Gesamtwirtschaft auferlegt wird, sich auf die Dauer als erträglich erweist. Eine Schuldknechtschaft auf Jahrzehnte hinaus wird die Folge sein. Oesterreich auf das Niveau eines Vasallenstaates herabgedrückt — das ist die Zukunft, die uns nach dem Projekte des Völkerbundes erblüht. Aegypten und die Türkei haben die „Kapitulationen“ hinter sich; wir haben die Entrechtung vor uns. Politische und wirtschaftliche Erschütterungen sind unausbleiblich. Die knappe Lebenshaltung wird sich noch tiefer senken. Der Wert der Krone dürfte so stabilisiert werden, vielleicht sogar steigen; aber dann sind auch die Konsequenzen: erschwerte Ausfuhr, Absatzstockung, Beschäftigungslosigkeit der Industrie, Arbeitslosigkeit, vermehrtes Elend schier unausbleiblich.

Noch könnten diese Begleiterscheinungen der kommenden Krise hingenommen werden, wenn sie mit einem Gesundungsprozeß einhergingen. Allein gerade das ist nichts weniger als gewiß. Man hat zu viel kostbare Zeit verstreichen lassen, zu viel Versäumnisse — auch von seiten unserer Partei — begangen, als daß nunmehr eine baldige und gründliche Genesung zu gewärtigen wäre. Vielmehr spricht manches Moment dafür, daß der Uebergang sich anders vollziehen wird, als man hofft, und daß es nur ein neues Experiment der Verzweiflung ist, das da Entente und Regierung in Angriff nehmen. Ein Experiment, welches den strikten Beweis der Undurchführbarkeit und Unhaltbarkeit von Versailles und St. Germain auch für diejenigen erbringen dürfte, die noch immer Shylock gleich auf ihren Schein pochen und sich an eitle Hoffnungen klammern. So selbstverständlich es nämlich ist, daß das durch das Schanddiktat der Sieger zu Tode getroffene Oesterreich seine letzten Kräfte zu seiner Rettung aufbieten muß, so sicher ist es, daß Oesterreichs Rettung durch die Entente auf einem ganz andern Wege kommen muß, als sich ihn der Völkerbund vorstellt. Uns fehlt nicht bloß Kapital, sondern Arbeitsmöglichkeit, Export, Handelsfreiheit, wirtschaftlicher Spielraum überhaupt. Oesterreich gleicht heute einem Kerker, dessen Gitterstäbe seine „guten Freunde“ und lieben Nachbarn (Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien) aufgerichtet haben. Wir haben eine Industrie, die, eingezwängt und eingeengt von allen Seiten, selbst bei voller Tätigkeit nicht so viel produzieren kann, als zu unserer Selbsterhaltung notwendig ist. Darüber können sich nur diejenigen einer Täuschung hingeben, die schon in der Vorkriegszeit die Schwierigkeiten der industriellen Expansion unterschätzten und heute wieder den kapitalistischen Untergrund des Weltkrieges vergessen. Damals — im Frieden — bildete Mitteleuropa ein trotz aller Zollgrenzen zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet; heute sind die Zollmauern noch höher und das Wirtschaftsgebiet ist zerrissen. Oesterreich hat zu wenig, die Tschechoslowakei eine zu große Industrie; wie soll da ein Ausgleich möglich sein? Für die Arbeiterschaft beider Staaten ist dieser Zustand unerträglich und es ist mit starker Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie sich dagegen aufbäumen wird, ja aufbäumen muß, wenn sie nicht zugrunde gehen will.

Welche Folgen dies im allgemeinen und besonderen zeitigen kann, bleibe ununtersucht. Die Entwicklung ist eine zwangsläufige, aber doch so undurchsichtig, daß es nicht viel Sinn hat, darüber Betrachtungen anzustellen. So oder so — die Ketten, die die Entente 1918 geschmiedet hat und jetzt in pathologischer Verblendung noch stärker schmiedet, sie werden gesprengt werden. Die Sklaven werden aus dem Gefängnis die Flucht ins Freie nehmen — ins freie deutsche Vaterland.

*

Die innerpolitische Lage in Oesterreich hat sich dadurch weiter zugespitzt, daß es die Sozialdemokraten zum Konflikt kommen ließen. Sie haben im Parlament ein Mißtrauensvotum eingebracht gegen den Bundeskanzler und auch in den Ausschüssen die schärfste Oppositionsstellung eingenommen. Unter diesen Umständen ist der heute beginnende Parteitag von besonders weittragender Bedeutung.

Die Pläne Bradburys.

Es ist verständlich, wenn die Reparationskommission das Bedürfnis hat, sich mit dem neuen Sturz der Mark zu beschäftigen, der infolge der letzten Teuerungsziffern eine Erhöhung des Papiergeldumlaufs notwendig macht. Seitens der Entente sind Deutschland bekanntlich seinerzeit Zahlungserleichterungen in Aussicht gestellt worden unter der Voraussicht, daß es seinen Etat in Ordnung bringt und den Papiergeldumlauf regelt. Die Verhandlungen zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung, die dieserhalb in Berlin gepflogen wurden, sind bekannt. Leider konnte sich die Entente über die Zahlungspause und die Bedingungen für diese Zahlungspause nicht einigen, so daß ein Zwischenarrangement mit Belgien zustande kam, von dem man offiziell nicht sagen kann, daß es ein Moratorium ist. So verständlich es also ist, wenn der Reparationskommission die neue Marktkrise Sorge macht, so inkosequent wäre es, wenn die Reparationskommission aus dem friedlichen Vergleich mit Belgien das Recht herleiten würde, die deutschen Finanzen bevormunden zu dürfen.

Aber auch dieses Recht vorausgesetzt, muß ein Verlangen der Entente nach gewaltsamer Beschneidung der Inflation unfruchtbar bleiben. Die Lage in Deutschland ist heute nicht so, daß die Notenpresse zuviel Papiergeld herstellt, sondern sie kann nicht einmal mehr den dringendsten Bedarf der Industrie eindecken, so daß aus diesem Grunde bereits Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten. Das heißt unter dem Gesichtswinkel der Entente betrachtet, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands auch weiter zurückgegangen ist. Nach dem Verlauf der Londoner Konferenz war das auch gar nicht anders zu erwarten, und von deutscher Seite ist oft genug betont worden, daß eine kurze Zahlungsfrist dem drohenden Unheil in keiner Weise steuern kann.

Der Vertreter Englands in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, dessen Ausscheiden aus der Kommission man bedauern müßte, hat diese Seite des Problems von vornherein klar gesehen. Er tritt jetzt mit einem neuen Vorschlag hervor, dessen Hauptwirkung die sein soll, Deutschland auch für die Jahre 1924, 1925 und 1926 von den Goldleistungen zu befreien. Von dem Projekt ist bisher wenig an die Oeffentlichkeit gedrungen. Wenn es wahr ist, was Pariser Blätter melden, daß die Atempause in ähnlicher Weise wie Belgien gegenüber gewährt werden soll, daß Deutschland auch für diese Zeit seine Goldleistungen in Schatzscheinen auszuhändigen berechtigt sein soll, die von jedem Gläubiger einzeln nach Gutdünken verwendet werden dürfen, so wäre das Neue an diesem Vorschlag, daß er die Auflösung des Gläubigerkonzerns in Einzelgläubiger weiter begünstigt. Vom deutschen Standpunkt aus wären Bedenken in der Richtung zu erheben, daß eine angemessene Entlastung damit keineswegs garantiert wäre und daß unser Wirtschaftsleben auch weiter unter der Angst vor dem Verfalltag litte, also eine Erleichterung, aber keineswegs eine Lösung oder gar Erlösung aus einem Zustand, der uns immer weiter dem Abgrund zutreibt.

Aber vielleicht ist es verfrüht, über den Plan im einzelnen zu sprechen. Er ist kaum in vagen Linien bekannt, und schon meldet Frankreich seine Opposition an. Dabei steht der November vor der Tür, und über die große Brüsseler Finanzkonferenz, die feierlich angekündigt wurde und die den Stier bei den Hörnern packen sollte, verlautet noch immer nichts Positives. Optimismus ist also auch heute nicht am Platze, und wir werden am besten fahren, wenn wir uns vorläufig darauf beschränken, uns selbst zu helfen so gut es geht.

WTB. Paris, 14. Oktober. Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Die Reparationskommission hat gestern nachmittag in offiziöser Sitzung die Prüfung der augenblicklichen Lage Deutschlands fortgesetzt. Sie besprach das von Sir John Bradbury unterbreitete Memorandum. Im Laufe der Besprechung kündigte Barthou an, er würde in der kommenden Woche Vorschläge unterbreiten, durch welche die Ansicht der französischen Delegation ausgedrückt würde.

Die Reichspräsidentenwahl und die Rechte.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Freitag mit der geplanten Neuwahl des Reichspräsidenten und kam nach offiziellen Mitteilungen zu der Auffassung, daß nach wie vor versucht werden soll, eine Neuwahl hinauszuschieben. Wie wir weiter aus Berlin erfahren, hat der Vorstand der Deutschen Volkspartei beschlossen, bei den Koalitionsparteien eine Verschiebung der Wahl zu beantragen. Sollte das Ansinnen abgelehnt werden, dann will die Volkspartei gegen die Wiederwahl Eberts auftreten, ihm jede Unterstützung versagen und mit einem eigenen Kandidaten in den Kampf ziehen. Ueber den Kandidaten selbst ist man sich noch nicht klar. Man sucht immer noch . . .

Das Verhalten der Volkspartei muß eigentlich sehr sonderbar berühren. Als vor wenigen Monaten Herr Hergt aus Agitationsgründen die deutschnationale Fanfare blies und schleunigst Neuwahlen verlangte, fand er die eifrigste Assistenz des Herrn Kahl, der im Auftrage der Gesamtpartei in der öffentlichen Reichstagssitzung sprach. Wie verhält sich diese Stellungnahme zu der heutigen Auffassung der Volkspartei, obwohl doch eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse kaum eingetreten ist?

Die Sozialdemokratie ist nach wie vor der Auffassung, daß die Neuwahl am 3. Dezember vorgenommen werden sollte. Sie wird diese Stellungnahme auch in der am Montag stattfindenden Besprechung der Parteiführer, an der auch die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei beteiligt sein werden, vertreten.

*

Die Rechtspresse widerruft die Meldung, daß von deutschnationaler Seite geplant ist, Hindenburg als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl zu präsentieren. Dazu schreibt der SPD.: „Wir bezweifeln diese Feststellung nicht und wollen ebenso nicht bestreiten, daß ein offizielles Ersuchen der Deutschnationalen Volkspartei an Hindenburg bisher nicht ergangen ist. Will aber die Rechtspresse vielleicht ableugnen, daß mit Hindenburg anläßlich seiner Anwesenheit in München über seine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl in maßgebenden deutschnationalen Parteikreisen Beratungen gepflogen wurden und Herr Kahr, an dessen Kandidatur die Deutschnationale Volkspartei zurzeit noch ernsthaft denkt, sich anbot, zugunsten Hindenburgs gern auf den Präsidentensitz zu verzichten?“

Das Mieterschutzgesetz.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages gab in seiner Sitzung vom Freitag den §§ 1 und 2 des Mieterschutzgesetzes folgende Fassung:

§ 1. Mietverhältnisse über Gebäude oder Gebäudeteile können, vorbehaltlich der §§ 16 bis 19, auf Verlangen des Vermieters gegen den Willen des Mieters nur aus den in den §§ 2 bis 4 bezeichneten Gründen aufgehoben werden. Die Aufhebung erfolgt auf Klage des Vermieters durch gerichtliches Urteil. Ist das Mietverhältnis für eine bestimmte Zeit eingegangen, so wird es nach dem Ablaufe der Mietzeit fortgesetzt, wenn nicht der Mieter spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine für den Ablauf der Mietzeit zulässige Kündigung zu erfolgen haben würde, sich auf die Beendigung des Mietverhältnisses beruft. Ein vertraglich vorbehaltenes Rücktrittsrecht kann vom Vermieter nicht gegen den Willen des Mieters ausgeübt werden. Dem Vermieter steht gleich, wer nach dem Abschluß des Mietvertrages das Eigentum an dem Grundstück erwirbt.

§ 2. Der Vermieter kann auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu seinem Hausstand oder zu seinem Geschäftsbetriebe gehört, oder der er den Gebrauch des Mietraumes überlassen hat, sich einer nicht erträglichen Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht oder den Mietraum in unangemessener Weise benutzt oder durch Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude oder die Sicherheit im Gebäude erheblich gefährdet, oder wenn die Abnutzung des Mietraums wesentlich über das normale Maß hinausgeht, oder wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraums beläßt, obwohl er zur Ueberlassung nicht befugt ist. Die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter, ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters, das Verhalten fortsetzt oder es unterläßt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen, oder wenn das Verhalten des Mieters oder einer der vorher genannten Personen ein solches war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann.

Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Das Reichskabinett trat am Freitag nachmittag zur Beratung weiterer Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung der Mark führen sollen, zusammen. Besprochen wurde unter anderm der Plan der Währungsanleihe. Auch die Idee der Goldanleihe stand zur Debatte. Die Verhandlungen wurden noch nicht abgeschlossen, sondern sollen in den allernächsten Tagen fortgesetzt werden. Ueber das bisherige Ergebnis der Beratungen herrscht in Regierungskreisen strengstes Stillschweigen.

Glossen zur Zeitgeschichte.

Herr Hergt, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, hat in Berlin eine programmatische Rede zur Frage der Reichspräsidentenwahl gehalten. Er hat dabei recht offenherzig erklärt, daß man eine Kandidatur Hindenburg beabsichtige, daß aber die Zeit bis zum 3. Dezember zu kurz sei, zumal Hindenburg erst aus seiner Reserve heraustreten und seine Kandidatur in den breiten Volksmassen dann selbstverständlich werden müsse. Das deutsche Volk wird beweisen müssen, ob es tatsächlich so niedrig einzuschätzen ist. Hindenburg hat sich wiederholt in der Oeffentlichkeit, obgleich er von ihm wahrlich geringschätzig genug behandelt wurde, als gehorsamer Diener des Hochzeiters von Doorn gezeigt. Seine Präsidentschaft bedeutete nichts anderes als eine Platzhalterschaft für den kommenden Monarchen. Herr Hergt sollte verständig genug sein, einzusehen, daß das eine Absurdität ist. Im übrigen: man kann auf das Bild gespannt sein, das die republikanischen Parteien bei der Reichstagsberatung des Regierungsantrages über die Wahl am 3. Dezember bieten werden, nachdem der Demokrat Theodor Wolff im „B. T.“ und neuerdings auch das offizielle Zentrumsorgan den Moment gerade jetzt für gekommen halten, um an der Zweckmäßigkeit einer Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk zu zweifeln. Es ist zum Ver—zweifeln!

*

Die Kommunisten sind ausgeruhte Köpfe. Jetzt haben sie in ihrer Presse den Entwurf eines neuen Programms der KPD. vorgelegt, der in großem Format mehr als 3 ganze Seiten im kleinsten Druck einnimmt. Es geht diesem Programm, das so ziemlich die ganze Weltgeschichte vom bolschewistischen Adam ab enthält bis in die unabsehbar fernsten Fernen, so wie dem Proletariergehalt von heute: es hört sich riesig an und es ist weniger damit los als mit je einem. Herr Thalheimer, von irgendeinem einmal der Radek im Westentaschenformat genannt, hat das unverdauliche Zeug ausgebrütet. Der Zentralausschuß der KPD. wird demnächst sein Votum über das Erzeugnis aussprechen, dann soll es zu allerhöchster Genehmigung dem heiligen Moskauer Konzil unterbreitet und darauf einem Parteitag anbefohlen werden. Lesen wird es keins der noch vorhandenen Mitglieder. Das ist nur einigen berufsmäßigen Gralshütern des linken Kommunismus vorbehalten, die bereits eine Kampagne gegen die „reformistischen und oportunistischen“ Wünsche des Programmbandwurms eröffnet haben. Wie kann man auch etwas anderes verlangen, als direktement das kommunistische Himmelreich?!

*

Dem Deutschen Brauerbund ist der neuerdings auflebende Feldzug gegen den Alkohol in die Nase gegangen. Er hielt eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab und beschloß, einen Notruf an die Oeffentlichkeit ergehen zu lassen, den WTB. verbreitet. Wir ersehen aus diesem „Notruf“ („Bier her!“?), daß wir dem Deutschen Brauerbund eigentlich zu Dank verpflichtet sind. Kommt doch von ihm zu „dem deutschen Arbeiter und Bürger das letzte Nahrungs- und Genußmittel, das ihm in der schweren Not der Zeit Erquickung spendet“. Es sind Idealisten die Herren Erquicker des deutschen Volkes, wirklich! Wären sie nicht, so würde sich an den Brotmengen, die es dann mehr geben könnte, der deutsche Arbeiter sicherlich den Magen überladen, und da dieses lächerlich überflüssige Nahrungsmittel dann soviel billiger wäre, wüßten die Arbeiter gar nicht, wohin mit dem Gelde! Im Ernst gesprochen: die deutschen Brauer sollten sich einen Journalisten anschaffen etwa aus dem aufgeflogenen Redaktionsstab der „Täglichen Rundschau“, der ihre Kundgebungen zu frisieren versteht. Dieser „Notruf“ ist wirklich recht notdürftig.

*

Aus dem Unrat auf den (nicht vorhandenen) Anklagebänken in Leipzig ist eine Blume edelster Menschlichkeit erstanden: wie an anderer Stelle berichtet wird, hat 10 Tage nach der Meuchelung ihres Sohnes die greise Frau Rathenau an die Mutter des Mitmörders Techow einen Brief geschrieben, den der Verteidiger Techows zu dessen Gunsten glaubte verwenden zu dürfen. Die Tatsache dieses Briefes allein kann mit all den unsagbaren Scheußlichkeiten versöhnen, die in Verbindung mit dem Rathenaumord ans Licht gekommen sind. Mit diesem Brief werden alle Techows und Konsorten, alle die Racheapostel von Wulle bis Ludendorff niedergeohrfeigt, daß sie niemals wieder ihr schamlos trutziges Haupt bis zu einer schlichten jüdischen Frau erheben können. Diese im tiefsten, allertiefsten getroffene Frau, die man noch mit Unflat beworfen hat, geht hin und reicht der Mutter des gefaßten Mordgehilfen ihre Hand zu Trost und Versöhnung: „Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich ihm im Namen und im Geiste des Ermordeten verzeihe!“ Wo seid Ihr, Antisemiten, Völkische, Fanatiker eines Wortpatriotismus und Buchstabenchristentums? Die Frau aus dem einsamen Haus im Grunewald hat den Prozeß in Leipzig glänzend gewonnen.

Die Justiz- und Innenminister von Baden, Hessen und Württemberg beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung in Stuttgart mit der Bildung eines süddeutsen Senats beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches. Man kam überein, in aller Kürze eine weitere Sitzung abzuhalten, an der nur die Justizminister der Länder einschließlich Bayern beteiligt sein sollen. Der Reichsjustizminister wird gebeten werden, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Dollar (vorbörslich) mittlerer Kurs: 2765.

Der Mann, der die Stadt plünderte.

Roman von Sven Elvestad.

[42]

Als der Advokat die französische Uebersetzung hörte, sagte er erfreut: „Ich verstehe! Ich verstehe! Das macht mich zum glücklichsten Menschen auf der Erde, meine Herren!

Die beiden Norweger sahen sich verwundert an, und wieder war etwas in ihren Augen, das darauf hindeuten konnte, daß sie die Ehrlichkeit des Mannes anzuzweifeln begannen. Er hatte ja allerdings seine Papiere, und alles deutete darauf hin, daß er der war, der er zu sein vorgab, und doch . . .

„La canne croit dans l'ombre,“ wiederholte der Franzose ganz entzückt. „Das ist ausgezeichnet. Dann sind alle meine Vermutungen richtig. Wissen Sie, meine Herren, was das bedeutet?“

„Auf Norwegisch“, versetzte Krag, „oder richtiger gesagt: im hiesigen Verbrecherjargon bedeutet es, daß Gefahr droht.“

„Das stimmt mit der französischen Bedeutung überein. Aber was für eine Gefahr ist gemeint, was glauben Sie?“

„Ja, nicht die Gefahr, in die Sie oder ich kommen können. Ich habe Taschendiebe und andere Gauner den Ausdruck benutzen hören, wenn sie merkten, daß Gefahr drohte, das heißt, wenn die Polizei ihnen auf den Fersen war. Spanisches Rohr ist in Christiania eine verbreitete Bezeichnung für den Konstabler. Spanisches Rohr wächst in der Nähe, heißt also, daß der Schutzmann in der Nähe lauert. Es ist ein Warnungsruf.“

„Dasselbe bedeutet der Ausdruck im französischen Jargon,“ erwiderte der Advokat. „Hat der merkwürdige Mann keine anderen Aufzeichnungen hinterlassen?“

Nun las Krag die beiden andern Ausdrücke vor, die er auf d'Alberts Schreibtisch gefunden hatte. Sie bedeuten etwas Aehnliches. Krag übersetzte sie ins Französische und erklärte ihre Bedeutung im norwegischen Verbrecherjargon; und zu der großen Freude des Advokaten stellte es sich heraus, daß die Ausdrücke im französischen Jargon verwandte Formen hatten.

„Geben Sie jetzt zu,“ sagte der Advokat, „daß wir der Lösung des Rätsels einen Schritt nähergekommen sind?“

„Ja,“ erwiderte Krag. „Das will ich gern zugeben. Herrn d'Alberts intime Kenntnis der Verbrechersprache deutet unzweifelhaft darauf hin, daß wir uns der Lösung des Rätsels nähern, die die natürlichste zu sein scheint, nach dem, was geschehen ist. Daß der Herr nämlich einer der kühnsten und geschicktesten Verbrecher ist, die hier je tätig gewesen sind.“

„Keineswegs,“ versetzte der Advokat. „Dieser Umstand ist vielmehr ein Glied in meiner Beweiskette für das Gegenteil.“

„Wie wollen Sie das erklären,“ warf der Polizeichef ein, „und wie wollen Sie erklären, mein Herr, daß Sie selbst eine so eingehende Kenntnis dieser Verbrechersprache besitzen? Sie müssen mir doch zugeben, daß das etwas ganz Ungewöhnliches ist.“

Hier legte der Advokat wieder sein Gesicht in ernste Falten.

„Das hängt damit zusammen,“ erwiderte er, „daß ich, um meinen Klienten aus den vielen Schwierigkeiten herauszuhelfen, in die er sich selbst versetzt hat, genötigt war, ihm durch dick und dünn zu folgen. Ich habe mich in sein Leben vertiefen müssen, in seine Arbeitsmethoden, seinen Gedankengang. So habe ich eine ausgedehnte Kenntnis dieser Dinge erlangt. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß meine Tätigkeit an den französischen Kriminalgerichten eine besonders gute Vorbedingung ist zum Verständnis der Geheimnisse und Nuancen der Verbrechersprache.“

„Nun gut, dann schulden Sie uns bloß die Erklärung dafür, weshalb Ihr Klient, der, ihrer Behauptung nach, ein hervorragender Gelehrter ist, auf den Einfall gekommen ist, hier in der Stadt als Verbrecher aufzutreten!“

„Die will ich Ihnen nicht vorenthalten,“ entgegnete der Advokat. „Und damit das Ganze für Sie verständlich wird, muß ich etwas in der Zeit zurückgehen und die frühere Tätigkeit meines Klienten als Gelehrter in Betracht ziehen. In den Jahren 1897 bis 1901 hat Herr d'Albert sich in Südchina aufgehalten, in der Provinz Puh-Fuh.“

Der Polizeichef und der Detektiv sahen einander an. Beide fanden offenbar die Einleitung etwas weit hergeholt.

„Mein Klient,“ fuhr der Advokat unbeirrt fort, „war stark beschäftigt mit seinen Studien der südchinesischen Dialekte. In den vier Jahren, die er sich in Puh-Fuh aufhielt, hörte man in Frankreich überhaupt nichts von ihm. Eine Zeitlang glaubte man bestimmt, daß er tot sei. Aber dann zog man durch die Missionare Erkundigungen ein, und die Mitteilungen, die man erhielt, waren wirklich höchst erstaunlich. Es ergab sich nämlich, daß er längere Zeit hindurch vollständig als Chinese gelebt hatte. Nicht unter Mandarinen und andern hohen Kasten, sondern im Volke, unter Kulis, in der Hefe der Städte. Und nicht genug damit, er lebte auch ganz so wie sie. Wohnte in ihren elenden Hütten. Aß ihre Speisen. Und schließlich konnte er auch mit seinem einzig dastehenden Talent ihre Sprache und ihre verschiedenen Dialekte sprechen. Es ist eine Eigentümlichkeit meines Klienten, daß er, wenn er etwas studieren will, es bis auf den Grund tut. Und er behauptet, man könne die Sprache eines Volkes nur kennen lernen, wenn man selbst unter ihm lebt und einer der Ihren wird. Soweit ich Herrn d'Albert kenne, zweifle ich nicht daran, daß er sich in diesen Jahren als Kuli gefühlt hat. Er gab seine Korrespondenz auf, seine Zeitungen, seine europäischen Gewohnheiten, seine Kleidung. Er arbeitete, handelte, dachte wie ein Kuli. Der einzige Unterschied zwischen ihm und den andern bestand in seiner Wissenschaft. Jede Nacht füllte er seine Folianten mit sprachlichen Beobachtungen. Vielleicht hätte er noch heute vergessen in China gelebt, wenn nicht gerade seine Wissenschaft ihn wieder hervorgelockt hätte. Wie der stille Forschungsreisende in den Urwäldern des Festlandes von Pflanze zu Pflanze geht, so ging er von Wort zu Wort, von Dialekt zu Dialekt im südchinesischen Sprachgewühl. Schließlich verfolgte er einzelne Wörter und Sprachbilder von Stamm zu Stamm. Und auf diese Weise legte er denselben Weg zurück, wie ihn irgendeine vorhistorische Völkerwanderung gemacht hat. Er kam über die Grenzen von China hinaus und befand sich plötzlich in Indien. Unter einigen Völkerschaften südlich des Gebirges fand er den Ursprung der Sprache wieder. Er war ihrem Flusse gefolgt und war an die Quellen gelangt. Da machte er halt und sah sich um. Er hatte seine Arbeit beendet. Er tauchte aus seinen Studien auf und begann, nach Neuigkeiten aus Europa zu fragen, nach Zeitungen. Er nahm wieder seine tadellose europäische Kleidung in Gebrauch und schrieb im Hotel Imperial in Delhi sein epochemachendes Werk über die südchinesischen Dialekte.“

Der Advokat hatte sich ganz in Begeisterung hineingeredet und zog aus seiner Aktenmappe einen dicken Band, den er den beiden Herren zeigte.

Auf dem Bande stand gedruckt: Traité sur les patois de la Chine du Sud. Etudes faits dans le département de Puh-Fuh. (Eine Abhandlung über die südchinesischen Dialekte, dargestellt auf Grund von Forschungen im Regierungsbezirk Puh-Fuh.)

Der Polizeichef sah fragend zu Krag hinüber.

„Ich beginne zu ahnen,“ sagte dieser leise.

„Preisgekrönt!“ rief der Advokat, das Buch in der Hand schwingend. „Preisgekrönt von der französischen Akademie, meine Herren! Ein epochemachendes Werk, wahrlich ein hervorragendes Werk.“

„Weiter,“ bat Krag. „Wir sind noch weit entfernt von dem Diebstahl in der Villa Rosenhain.“

Schluß folgt.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Veranstaltung der Tanzbühne Laban vor geladenen Gästen. Am Sonntag, 15. Oktober, vormittags um 11 Uhr, veranstaltet die Tanzbühne Laban eine Matinee im Hause der Hamburger Volksoper, zu der Rudolf von Laban selbst und eine Gruppe hamburgischer Freunde der Tanzbühne Laban, eine große Anzahl am hamburgischen Kunstleben interessierter Persönlichkeiten als ihre Gäste eingeladen haben. Es sollen einige charakteristische Proben der Kunst der Tanzgruppe vorgeführt werden, und dazwischen wird Rudolf von Laban, der Lehrer Mary Wigmans, in kurzen Ausführungen über das Wesen des neuen Bühnentanzes seine künstlerischen Absichten und seine tänzerischen Erziehungsgedanken entwickeln. Eintrittskarten gegen Bezahlung werden nicht ausgegeben, doch stehen für Interessenten, die Rudolf von Laban selbst über seine Schöpfungen sprechen hören möchten, noch Einladungskarten durch Frau Direktor Bartsch, Wandsbek, Waldstraße 6, zur Verfügung. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, da